

den sogenannten kleinen Leuten nicht aus. Hinzu kommt die allgemeine Orientierungslosigkeit im Zusammenbruch einer staatlichen Ordnung, die ihren Kredit verspielt, die jegliches Vertrauen verloren hat. Hinzu kommen außerdem die wirtschaftlichen Probleme als Folge der sogenannten Asienkrise, unter der Indonesien leidet und laboriert wie kein anderes asiatisches Land der einstigen kleinen und großen Tiger und Drachen.

Killer und Schlägertrupps werden angeheuert

Der Verteilungskampf in Indonesien ist insgesamt härter und brutaler geworden, weil sich immer

mehr Menschen die ungleichen Teile des nationalen Kuchens einzuverleiben versuchen. Nicht zu vergessen: Mit 210 Millionen Menschen steht Indonesien heute an vierter Stelle unter den bevölkerungsreichsten Staaten. Seit den Anfängen der Republik in den 40er Jahren hat sich diese Zahl vervierfacht. Und noch ein Aspekt verschärft die Situation: Wer bei den jeweiligen Gewaltausbrüchen genauer nach den Hintergründen forscht, stößt immer wieder auf Provokateure, die die Spannungen anheizen und offenbar die Interessen ganz anderer Leute vertreten: bezahlte Killer, beauftragte Unruhestifter im Dienste einflussreicher Militärs und Politiker, die ein Interesse an der Destabilisierung des Landes haben,

um sich und ihre Position zu retten. Der Suharto-Clan, nach wie vor mit immensen, unkontrollierbaren Geldmitteln ausgestattet, mischt im Kampf um die Vormacht weiter mit. Korruption bestimmt den Alltag — ganz so, als habe sich außer dem Namen des Präsidenten kaum etwas verändert. Wer im berüchtigten Schatten indonesischer Ränkespiele die Fäden zieht, ist kaum zu durchschauen. Nicht die Hintermänner in Politik und Militär, sondern die Schlägertrupps und Agenten machen Furore und lösen vor dem Hintergrund allgemeinen Verunsicherung die Massaker aufgeputschter Volks- und Religionsgruppen aus. Ein Ende der Selbstzerfleischung ist nicht abzusehen. 

Bei illegalen Plantagen kein Handlungsbedarf

von Susanne W. Schwarz

Die indigene Bevölkerung Kalimantans versucht sich seit Jahren gegen den Ausverkauf ihrer Wälder — ihrer Lebensgrundlage zu wehren. Transmigrationsprojekte, Plantagen und Minen sind staatlich geförderte Projekte, denen das indonesische Recht weite Handlungsspielräume eröffnet. Die Bevölkerung, in Form von Ansiedlungen, kommt auf den Planungskarten nicht vor. Staatlich erwünschte Schritte, wie das Anzeigen illegalen Holzeinschlags, scheitern am Apparat. Die Aufsichtsbeamten sind für einen zu großen Raum verantwortlich und so gering entlohnt, dass solche Bemühungen an den Distanzen und dem Fassungsvermögen der Geldbörsen lokaler Provinzbeamter scheitern.

Mit der Absetzung Suhartos sollte alles anders werden. Die eingeleitete Lethargie in der Bevölkerung verwandelte sich spürbar in neue Hoffnungen und in den Einsatz für ihre Interessen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen die Menschen die politischen Diskussionen und Prozesse an Fernseh- und Radiogeräten. Die Kampfansage an *Korupsi*, *Kolusi* und *Nepotisme* ermutigt auch die Menschen in den Dörfern südwestlich des Jempangsees ihre Rechte einzufordern.

Seit 1996 arbeitet in den Unterbezirken Muara Pahu und Jempang das ehemals britische

Plantagenunternehmen PT. London Sumatra (LonSum). Heute stehen hinter der Aktiengesellschaft indonesische Magnaten. Eine Ölpalmplantage vom zweifachen Ausmaß des Bodensees wird hier in den nächsten Jahren die produktiven Nutzwälder der indigenen Bevölkerung ersetzen. Ihnen soll die Hälfte der Fläche zur Bearbeitung zugeteilt werden. Den Bauern werden allerdings Setzlinge, Infrastruktur und Kunstdünger auf wenig transparente Weise als Kredit angerechnet. Bis dieser abbezahlt ist, wird den Bauern ein Teil der Ernte abgezogen. Wann die Schulden getilgt sind, entscheidet das Unternehmen.

Die Benuaq sind eine Volksgruppe, die Neuem durchaus positiv gegenüber steht. Sie praktizieren nachweislich seit einigen hundert Jahren eine Wechselfeldwirtschaft, die innerhalb ihrer traditionell festgelegten Dorfgebiete ein Mosaik an Waldgärten entstehen ließ. Ihr Bewirtschaftungssystem erlaubt den Benuaq auf Schwankungen des Marktes mit wechselnden Nutzungsweisen zu reagieren. Die Umwandlung des gesamten Waldgebietes beraubt die Benuaq jedoch nicht nur ihrer Ver-

Die Autorin lebte mehrere Jahre auf Kalimantan, wo sie sich mit kulturökologischen Studien beschäftigte.

sorgungsgrundlage, sondern führt sie auch in eine monopolistische Abhängigkeit.

Die Öffnung der Plantagenfläche begann gegen den Willen derjenigen, denen das Land nach dem althergebrachten *adat*, dem traditionellen Gewohnheitsrecht, gehört. Unstimmigkeiten über Landrechte und Entschädigungszahlungen führten zu zahlreichen Konflikten. Mit der ungewöhnlich langen Trockenheit des El-Nino-Jahres 1997/98 versuchten Angestellte des Unternehmens sich der lästigen Diskussion über Enklavierung von Gärten zu entledigen, sowie die weitere Erschließung von Land zu beschleunigen und Kompensationszahlungen niedrig zu halten. Sie ließen die betreffenden Waldflächen in Brand setzen.

Nachdem vornehmlich Plantagen und Konzessionen für die Brände verantwortlich gemacht wurden, entsandte die Regierung eine Aufklärungskommission. Die Vertreter von Militär und Umweltbehörden bekamen die Sachlage von Mitarbeitern eines Forstprojektes für Feuermanagement, das im Rahmen der deutsch-indonesischen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt wird, ausführlich erläutert. LonSum zahlte die Übernachtungskosten für die Kommission im teuersten Hotel Balikpapan und sorgte anderntags für eine fürstliche Bewirtung im *Base Camp* der Plantage. Bis 1997 wurden alleine in einer der auf drei Tochterunternehmen aufgeteilten Plantage 16.500 Hektar Land erschlossen. Die bei der Vorstellung des Projektes versprochenen Arbeitsplätze erhielten vorwiegend billigere Arbeitskräfte aus Java und Ost-Indonesien, die in diesem Gebiet angesiedelt worden waren. Mit dem erneuten Ausbruch der Feuer im Februar 1998 und der zugespitzten Wirtschaftskrise entließ das Unternehmen fast alle Arbeiter. Bis April des gleichen Jahres kamen sämtliche Arbeiten auf der Plantage zum Erliegen.

Die gestartete Reform des neuen Forst- und Plantagenministers Nasution bestärkte die Benuaq, massiver für ihre Rechte einzutreten. Nasution fordert die Berücksichtigung des *adat*, und selbst Landrechtskonflikte — zuvor ein Tabuthema — stehen auf seiner Agenda.

Nachdem sämtliche Kooperationsversuche von Seiten der betroffenen Lokalbevölkerung scheiterten, beschlossen neun Dörfer, eine Demonstration durchzuführen.

Polizei schlägt Demonstration nieder

Doch der Verlauf der im November 1998 gestarteten Demonstration zeigt die Realitäten auf. Von politischer Seite erhalten die Demonstranten keine Unterstützung, obwohl sich herausstellt, dass das Unternehmen nicht die erforderliche ministerielle Genehmigung für seine Aktivitäten in Ost-Kalimantan besitzt, also illegal arbeitet. Auf Regierungsebene fühlt sich niemand zuständig. Der Versuch, die Unternehmensleitung zu einem Gespräch der Kompromissfindung zu bewegen, findet nach einem halben Jahr ein jähes Ende. Das Unternehmen veranlasst die Entführung einiger Demonstranten durch ehemalige Strafgefangene und übergibt sie der Polizei. Durch das Einschreiten einer lokalen Menschenrechtsorganisation, sieht sich der Provinzgouverneur gezwungen, die Aufhebung der nicht rechtmäßigen Gefangenhaltung zu fordern. Doch eine Polizeieinheit stürmt das von der Bevölkerung besetzte *Base Camp* des Unternehmens. Seit März begehen die Demonstranten hier den traditionellen *Guguq*-Ritus, mit dessen Hilfe das bereits vernichtete Waldgebiet spirituell gereinigt werden soll. Alte wie junge Menschen, auch Mütter mit Säuglingen befinden sich bei der Zeremonie, als die Polizeieinheit auf sie schießt. Das traditionelle Oberhaupt eines der Dörfer wird mit seinen über 90 Jahren an ein Fahrzeug gekettet und seiner Barschaft beraubt. Zwar können die meisten Menschen unversehrt fliehen, der Ritualaufbau wird jedoch zerstört, weitere Männer verhaftet. Kurz zuvor noch hatte der Polizeichef erklärt, dass ihn die Demonstration nicht interessiere, da LonSum illegal in diesem Gebiet arbeitet. Wenige Tage später verwüsten Sicherheitskräfte in drei Dörfern die Häuser der Familien, die offen als Gegner der Ölpalmpflanzung aufgetreten sind. Alle Wert- und Ritualgegenstände werden mitgenommen. Aus dem Haus des oben erwähnten *Adat*vertreters ver-

schwindet auch die Dorfkarte, auf dem die Bewohner ihre Gärten vermerkt haben. Zuvor eine wichtige Argumentationshilfe bei den Bemühungen, LonSum von Landumwandlungsaktivitäten abzuhalten.

Alles bleibt beim Alten

Anfang August begann der Prozess gegen die Gefangenen. Angeklagt werden sie für Diebstahl, Brandstiftung und Hausbesetzung. Die Demonstration steht außen vor. Vor Prozessbeginn übte die Staatsanwaltschaft Druck auf die Gefangenen aus und versuchte sie zur Unterzeichnung eines Schreibens zu veranlassen, in dem sie ihre Verteidigung durch die Menschenrechtsorganisation ablehnen.

PT. London Sumatra nahm inzwischen seine Arbeiten auf der Plantage wieder auf. Laut der aktuellsten Kartenausgabe des Ministeriums für Forst und Plantagen gibt es noch immer kein Unternehmen, das für die Fläche vorgesehen ist, auf der LonSum nun schon im vierten Jahre aktiv ist. Vor wenigen Wochen musste der Leiter des Forstministeriums auf Provinzebene seinen Posten räumen. In seiner Abschiedsrede begründete er diese von oben getroffene Entscheidung damit, dass er zwei Ölpalmpflanzungen, die in Ost-Kalimantan aktiv werden wollten keine Genehmigung erteilt hätte.

Die meisten Bewohner des Konfliktgebietes sind inzwischen wieder eingeschüchtert und verängstigt. *Reformasi – Demokrasi* ist für sie nur noch *omong kosong* – leeres Geschwätz.